

Nur Solidarität hilft

VER.DI-BUNDESMIGRATIONSAUSSCHUSS – *Rassismus und Nationalismus sind keine Antwort*

Die Ergebnisse der Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg haben deutlich gemacht, dass sich viele Wahlberechtigte Sorgen machen. Die wirtschaftliche Entwicklung, Reallohnverluste und steigende Lebenshaltungskosten tragen zu dieser Entwicklung bei. Die Ampelregierung aber auch die Landesregierungen und etablierte Parteien verlieren das Vertrauen.

„Gegen den Rechtsruck hilft Solidarität“ ist eine Erklärung des Bundesmigrationsausschusses von ver.di überschrieben. Ein Jahr vor der nächsten Bundestagswahl rufen dessen Mitglieder dazu auf, den Kampf gegen Nationalismus und Rassismus zu verstärken. Denn als Reaktion auf die relativ hohen Stimmanteile der AfD finden deren Parolen auch Eingang in die Politik anderer Parteien.

In Folge des Anschlags von Solingen werden bereits Einreisende an allen Grenzen Deutschlands stärker kontrolliert. Bundesinnenministerin Nancy Faeser, SPD, will so „illegale Migration“ zurückdrängen. „Wir brauchen gezielte Maßnahmen gegen islamistischen Terror. Was wir aber nicht brauchen, ist die Übernahme der Forderungen von Rechtsextremen durch die demokratischen Parteien, wie die Streichung von Sozialleistungen, Abschiebungen in Folterstaaten und die pauschale Zurückweisung Schutzsuchender auch an den deutschen Grenzen“, heißt es in der Erklärung des ver.di-Ausschusses.



Geflüchtete werden seit dem Attentat noch stärker unter Generalverdacht gestellt. Damit werden Angst und Spaltung geschürt. Das spüren hierzulande besonders Menschen mit Migrationsgeschichte. Das bestätigen die Erfahrungen unserer Kolleg*innen, zeigt sich aber auch in einem starken Anstieg der gemeldeten Fälle bei Beratungsstellen für Opfer rassistischer Übergriffe.

„Wer meint, dass in der Debatte doch unterschieden werde, zwischen Geflüchteten, lange hier lebenden Migrantinnen und Migranten und brauchbaren Fachkräften, dem sagen wir: Diskriminierung und Rassismus machen keinen Unterschied, sondern treffen am Ende alle, die als ‚anders‘ definiert werden“, befürchten die Migrant*innen in ver.di. Sie weisen in ihrer Erklärung darauf hin: „Soziale Probleme

wie in der Bildungspolitik, bei der Wohnraum- oder Gesundheitsversorgung brauchen soziale Lösungen, statt rassistische Feindbilder zu bedienen. Das ist reines Gift für den demokratischen Zusammenhalt.“

Die Ausgaben für Bildung, Soziales und Gesundheit blieben auf der Strecke oder würden gekürzt. Der Bundesmigrationsausschuss fordert stattdessen höhere Löhne, einen höheren Mindestlohn und die Steigerung der Tarifbindung und stellt klar: „Rassismus und Nationalismus kann nicht die Antwort auf unsere Zukunftsängste sein.“

Der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke im Interview zum Thema: Seite 3

Die komplette Erklärung: kurzlinks.de/qkjh

DAS TARIFTREUEGESETZ...

...ist aus gewerkschaftlicher Sicht das wichtigste Projekt der Ampelregierung. Millionen Beschäftigte würden davon profitieren, wenn bei Aufträgen des Bundes gute Löhne und faire Arbeitsbedingungen bei der Entscheidung über eine Vergabe berücksichtigt werden könnten – und nicht allein ein günstiger Preis zählt. Doch abermals blockiert die FDP ein Projekt der Ampelregierung. Die DGB-Gewerkschaften machen sich schon seit Anfang des Jahres mit einer Kampagne unter **#tarifwende** dafür stark, waren erst jüngst wieder aktiv vor Werkstoren, an Bahnhöfen und in Innenstädten. Denn der Kampf dafür lohnt sich, Grüne und SPD müssen sich hier mal durchsetzen.

kurzlinks.de/nqzg

Menschenrecht

„Es besteht ein Desinteresse, Menschenrechtsverletzungen zu bestrafen.“

Der niederländische Gewerkschafter Edwin Atema im Neuen Deutschland. Mit seiner Stiftung Road Transport Du Dilligence setzt er sich europaweit für die Rechte von Fernfahrern ein.

WOHNUNGSBAU
Kompromiss unzureichend
ver.di kritisiert Pläne des Bundeskabinetts

SEITE 2

ASYL
Debatte versachlichen
Der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke zur aktuellen Diskussion

SEITE 3

COMMERZBANK
Verantwortung übernehmen
ver.di und GBR warnen vor Übernahme durch UniCredit

SEITE 4

MHH
Wo ein Wille, da ein Weg
Verhandlungen über Entlastungstarifvertrag haben begonnen

SEITE 5

UNION BUSTING
Ins eigene Fleisch schneiden
Immer noch werden Betriebsratswahlen behindert

SEITE 6

DASA
„Gelingt nicht nebenbei“
Was Beschäftigte in Dienstleistungsberufen tagtäglich leisten

SEITE 7

Keine Lifestyle-Linke

(hla) Das Bündnis Sahara Wagenknecht hat es bei den vier Wahlen in den vergangenen Monaten geschafft, aus dem Stand bemerkenswerte Ergebnisse zu erzielen. In ihrem Buch „Die Selbstgerechten“ beschreibt die Namensgeberin des Bündnisses, wie die linken Parteien in Deutschland sich von ihrer traditionellen Agenda entfernt haben. Vier Forscher von der Uni Konstanz haben die Parteiprogramme von SPD, Grünen und Linken seit den 1970er Jahren (bzw. seit Gründung der jeweiligen Partei) unter die Lupe genommen. Ihr Fokus lag dabei auf Gleichheit, Antidiskriminierung und Ostdeutschland. In dem jetzt vorgelegten Working Paper kommen sie zu dem Schluss, dass es zwar über die Jahre hinweg zu Schwankungen in der Schwerpunktsetzung gekommen ist, von einer Abkehr von den traditionellen Themen könne jedoch nicht die Rede sein.

ALEXANDER HORN, JONATHAN KLÜSER, SIMON RITTERSHAUS, MARTIN HASELMAYER: **UNEQUAL GERMAN DEMOCRACY AND THE RISE OF THE "LIFESTYLE-LEFT"? HOW LEFT PARTIES IN GERMANY CONCEIVE OF (IN)EQUALITY, 1970-2021.** VERÖFFENTLICHUNG ALS WORKING PAPER IN ENGLISCHER SPRACHE, DOWNLOAD UNTER [KURZLINKS.DE/b60m](https://www.kurzlinks.de/b60m)

Kompromiss unzureichend

WOHNUNGSBAU – ver.di kritisiert Pläne des Bundeskabinetts

(pm) ver.di sieht erheblichen Nachbesserungsbedarf bei der Umsetzung der „neuen Wohngemeinnützigkeit“ durch die Bundesregierung. Im Koalitionsvertrag hat sich die Ampel klar zur Wiedereinführung einer neuen Wohngemeinnützigkeit verpflichtet, und zwar mit Steuervorteilen und Investitionszuschüssen.

Dafür gibt es gute Gründe. „Die aktuelle Regelung allerdings erreicht weder eine nennenswerte Anzahl an Unternehmen, noch sieht sie Investitionszuschüsse vor. So droht die Bundesregierung an ihrer eigenen Zielsetzung zu scheitern, für eine neue

Dynamik am Bau und die dauerhafte Sozialbindung von bezahlbarem Wohnraum zu sorgen“, sagte der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke.

Bereits im Juni 2024 hatte das Bundeskabinett Regelungen zur neuen Wohngemeinnützigkeit beschlossen. Diese Regelungen sollten am 25. September, nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe der ver.di news, als Teil des Jahressteuergesetzes im Deutschen Bundestag beraten werden. Demnach sollen sozial ausgerichtete Unternehmen, Vereine oder Stiftungen, die dauerhaft vergünstigten Wohnraum für

einkommensschwächere Bevölkerungsgruppen anbieten, von den Steuererleichterungen der Gemeinnützigkeit profitieren. Die Bundesregierung rechnet damit, dass nur etwa 100 Unternehmen mit 105 000 Wohnungen davon erfasst werden.

ver.di hält den Kompromiss in der Bundesregierung für völlig unzureichend: Eine echte Wohngemeinnützigkeit müsse für alle gemeinwohlorientierten Wohnungsunternehmen attraktiv sein, so Werneke. Dafür brauche es die Möglichkeit begrenzter Renditen zur Bildung von Eigenkapital.

Geschärfter Blick für unfreie Arbeitsverhältnisse

WORKSHOP – Zwangsarbeit und Arbeitsausbeutung in historischen und aktuellen Formaten

(red.) Zwangsarbeit und Arbeitsausbeutung treten im Lauf der Geschichte in verschiedenen Formen auf. Zur Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft mussten allein im Deutschen Reich etwa 13 Millionen Männer, Frauen und Kinder unter menschenunwürdigen Bedingungen Zwangsarbeit leisten. Auch heute

kommen Arbeitsausbeutung und Zwangsarbeit in einigen Branchen Deutschlands in großem Umfang vor. Arbeit und Leben Berlin Brandenburg, DGB/VHS e.V. und das Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit nehmen in einem Workshop diese Thematiken und ihre Systematik in den Fokus und schärfen den

Blick für unfreie Arbeitsverhältnisse in historischen und aktuellen Formen.

Der Workshop findet am 16. November von 10 bis ca. 17.30 Uhr im Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit, Britzer Straße 5, 12439 Berlin statt. Anmeldung bis zum 11. November unter beyerbuns@topographie.de

DIE PRESSE-SHOW

„Schutz für Autonomie“ fordert der *General-Anzeiger* am 19. September. Eigentlich sollten die Vertretungen von Beschäftigten und Arbeitgebern miteinander in eigener Verantwortung über die Löhne verhandeln. Der Staat habe nur die Aufgabe, mit bestimmten Gesetzen, etwa zur maximalen Wochenarbeitszeit, die Basis zu legen. „Doch diese Aufteilung funktioniert heute schlechter als früher“, heißt es in dem Kommentar. Ohne Tarifverträge verringere sich die soziale Sicherheit der Beschäftigten, weil die Löhne dann oft niedriger seien. Das könne die Politik zwar geschehen lassen. Aber der gesetzliche Mindestlohn beweise, dass es funktioniert, wenn der Staat auch bei Tariflichem steuert. Ebenfalls in diese Reihe gehörten die Tariftrübesetze. Daraus folge: „So lässt sich der Entwurf von Arbeitsminister Heil auch als Schutzinstrument betrachten, das die Wirksamkeit der Tarifautonomie bewahrt.“

Die *Rheinische Post* lässt am selben Tag zum Thema Tariftrübesetz FDP-Chef Lindner kontern: „Das Gesetz ist schlicht innerhalb der Bundesregierung nicht fertig. Ich kann keine Verantwortung dafür übernehmen, wenn andere mit unfertigen Vorlagen an die Öffentlichkeit gehen. [...] Außerdem muss ein solches Gesetz für beide Sozialpartner funktionieren. Das gebietet schon die Achtung vor der Tarifautonomie.“ Dagegen darf schließlich SPD-Chefin Saskia Esken halten: „Das Tariftrübesetz kommt – es aus falsch verstandener Wirtschaftsfreundlichkeit aufhalten zu wollen, ist nicht sehr klug von der FDP.“ Und auch ver.di-Chef Frank Werneke wird zitiert: „Wenn die FDP nach einem längst verkündeten Kompromiss nun das Tariftrübesetz wieder infrage stellt, droht der Ampel-Koalition weiterer schwerer Schaden an ihrer politischen Glaubwürdigkeit.“

Alldieweil werden die Gewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes nicht müde, allorts für mehr Tarifbindung zu werben. Mit kostenlosen Pommes, wie die *Borkener Zeitung* vom 17. September berichtet. Vor mehreren Betrieben machte eine mobile Pommesbude Halt unter dem Motto: „Mit Tarifvertrag kannst du dir eine große Portion leisten. Ohne Tarifvertrag gibt es leider nur die kleine Portion.“ Station wurde auch am Schleswig-Holsteiner Landtag gemacht. „Die Gewerkschaften fordern von der Landesregierung ein Tariftrübesetz, wie es bereits in anderen Bundesländern gilt. Für das Land und die Kommunen müsse es verpflichtend sein, Aufträge nur noch an tarifgebundene Unternehmen zu erteilen“, heißt es im Bericht. Für Ministerpräsident Daniel Günther, CDU, gab's deshalb nur eine kleine Pommes-tüte. Zuschlag bekommt er erst mit Tariftrübesetz. *Petra Welzel*

Debatte versachlichen

ASYL – Der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke zur aktuellen Diskussion

ver.di news – An deutschen Grenzen wird wieder kontrolliert, unter anderem als Reaktion auf den Terroranschlag von Solingen. Ist das eine sinnvolle Reaktion?

Frank Werneke – Ich halte es für falsch, Terrorismus mit einer Beschränkung des Asylrechts bekämpfen zu wollen. Es wird stattdessen höchste Zeit, die Debatte um Asyl und Migration zu versachlichen. Mich stört insbesondere der teilweise aggressive Ton in der Debatte. Mir fehlt völlig der Respekt vor den Menschen mit Migrationsgeschichte, die in Deutschland leben und arbeiten.

Was ist maßgeblich bei der Asylpolitik?

Zwei Dinge müssen handlungsleitend bleiben: Zum einen das individuelle Grundrecht auf Asyl. Deshalb sind generelle Zurückweisungen aller Menschen auf der Flucht unzu-

lässig und auch Obergrenzen, die, wenn sie überschritten werden, zu generellen Zurückweisungen führen. Und zum anderen: Artikel 1 unserer Verfassung: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“. Das gilt für alle Menschen, ausnahmslos. Es darf daher kein Aussetzen der Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsrecht geben.

Was kritisierst Du konkret an der aktuellen Debatte?

Erstens: Die Verschärfung der Asylpraxis verhindert keine Terroranschläge, es braucht stattdessen mehr Investitionen in die innere Sicherheit, mehr Personal, schärfere Waffengesetze und Maßnahmen gegen die Radikalisierung auf den digitalen Plattformen. Zweitens: Vollständig fehlen Vorschläge zur Verbesserung der Integration von geflüchteten Menschen.

Absolut richtig und wichtig ist der Schutz der gesamten Gesellschaft –

Millionen von Menschen mit Migrationshintergrund eingeschlossen – vor Kriminalität. Gewalt, Hass, Ausbeutung, Ausgrenzung und Diskriminierung zerstören unsere Gesellschaft. Mit dem derzeitigen Unterbietungswettbewerb in Sachen Menschenwürde, Asylrecht, Zuwanderung und Freizügigkeit in Europa verspielen wir aber unsere Zukunft.

Was muss für eine bessere Integration getan werden?

Viele Kommunen sind bei der Integration von Flüchtlingen absolut am Limit. Die Lage in Kitas und Schulen ist ebenso an der Grenze wie die Wohnraumsituation. Und die Kommunen werden nicht ausreichend unterstützt, sondern durch den jüngsten Haushaltskompromiss der Bundesregierung sogar noch zusätzlich geschwächt. Es braucht deutlich mehr Unterstützung für die Kommunen.

Daten zur Wahl

Das **BSW** konnte im Wesentlichen Stimmen von Linken (44 000), AfD (16 000) und SPD (26 000) gewinnen.

Wer 2019 in Brandenburg **nicht gewählt** hat, entschied sich im Wesentlichen für AfD (71 000), SPD (51 000) und BSW (41 000).

Die **Grünen** verloren im Wesentlichen Stimmen an die SPD (47 000). Alle anderen Parteien sind im niedrigen vierstelligen Bereich.

Die AfD wählten 24 Prozent der **Frauen** und 35 Prozent der Männer. 33 Prozent der Frauen machten ihr Kreuz bei der SPD.

30 Prozent der **Erstwähler*innen** stimmten für die AfD. Mit nur 19 Prozent folgte in deren Gunst die SPD.

Von der **AfD** fühlt sich knapp die Hälfte der Wählenden in schlechter wirtschaftlicher Situation angesprochen. 46 Prozent waren es in diesem Jahr, 7 Prozentpunkte mehr als noch vor fünf Jahren. Mit 16 bzw. 15 Prozent folgen BSW und SPD. Für die SPD bedeutet das einen Stimmenverlust von 5 Prozentpunkten im Vergleich zu 2019.

In den **großen Städten** Brandenburgs konnte die SPD mit 34 Prozent ihren Stimmanteil um acht Prozentpunkte steigern. Umgekehrt sah es in **ländlichen Gebieten** aus. Hier kommt die AfD ebenfalls auf 34 Prozent, ein Plus von 7 Prozentpunkten. Die jeweils andere Partei kommt in den genannten Gebieten auf 22 (AfD) bzw. 27 Prozent (SPD).

Alles auf eine Karte

LANDTAGSWAHLEN – SPD gewinnt die Wahl in Brandenburg

(hla) Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke, SPD, hatte vor den Landtagswahlen in Brandenburg alles auf eine Karte gesetzt. Sollte die AfD mehr Stimmen bekommen als die SPD, werde er nicht Ministerpräsident bleiben, hatte er verkündigt. Am Sonntagabend lag seine Partei dann knapp vor der AfD. Die SPD hatte nach langer Zeit mal wieder eine Wahl gewonnen – auch oder weil Woidke im Wahlkampf auf maximale Distanz zu Bundeskanzler Olaf Scholz, SPD, gegangen ist. Sein Direktmandat im Wahlkreis Spree-Neiße hat er jedoch verloren. Sieben Stimmen lag der AfD-Bewerber hier vor ihm.

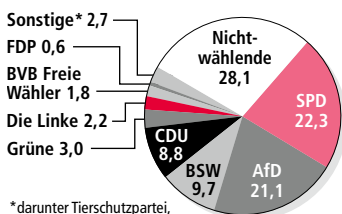
Unbeliebte Ampel

Im Wahlkampf in Brandenburg hatten die Landesthemen eine größere Rolle gespielt. Allerdings zeigte sich die Unbeliebtheit der Ampelregierung in den Ergebnissen von Grünen und FDP. Letztere hatte so wenig Stimmen, dass sie bei den Er-

gebnissen ohne Regierungsbeteiligung vermutlich unter Sonstige aufgegangen wäre. Schaut man auf die Wanderung der Wähler*innen, kann man davon ausgehen, dass viele Wahlentscheidungen auch von taktischen Gedanken beeinflusst waren. Drei Wochen nach den Landtagswahlen in Thüringen und Sachsen wollten die Wählenden

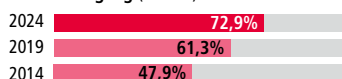
Wahl zum Landtag in Brandenburg

Die realen Stimmenanteile (in Prozent aller Stimmen)



*darunter Tierschutzpartei, Plus, DLW

Wahlbeteiligung (offiziell)



Quelle: Landeswahlleitung, eigene Berechnungen; Vorläufiges Ergebnis 23.09.2024

nicht, dass in ihrem Bundesland der rechtsextreme Verdachtsfall AfD stärkste Fraktion wird. So haben zum Beispiel viele ehemalige Wähler*innen der Grünen ihr Kreuz bei der SPD gemacht. Für die CDU hingegen hat sich die Ernennung von Friedrich Merz zum Kanzlerkandidaten der Union in der Woche vor der Wahl nicht ausgezahlt. Im Gegenteil: Mit 12,1 Prozent hat sie ihr bisher schlechtestes Wahlergebnis in Brandenburg.

Auch wenn mehr als 70 Prozent der Wahlberechtigten gegen die AfD gestimmt haben, wird die Regierungsbildung nicht einfach. Für eine Mehrheit jenseits der AfD müssen sich SPD, CDU und das Bündnis Sahra Wagenknecht zu einer Koalition zusammenraufen. Zudem hat die AfD nach dem vorläufigen Ergebnis von Montagmorgen 30 der 88 Sitze im Landtag erringen können. Damit verfügt sie über eine Sperrminorität und kann zum Beispiel die Wahl von Verfassungsrichter*innen im Land entscheidend mitbeeinflussen.



Schlichtung vorgeschlagen

(pm) Seit Januar laufen die Tarifverhandlungen für die ARD-Rundfunkanstalten NDR, WDR, BR und SWR, bislang ohne Ergebnis. Für die Erhöhung von Gehältern und Honoraren hat ver.di 10,5 Prozent gefordert sowie Mindesterhöhungen von 500 Euro bzw. vor 250 Euro für Auszubildende. Nun ruft ver.di zunächst im SWR zu einer Tarifschlichtung auf, weil auch nach neun Verhandlungsrunden keine entscheidende Annäherung in den Kernthemen der Tarif-erhöhung erreicht werden konnte. Innerhalb eines dreijährigen Tarifabschlusses bietet der SWR bisher lediglich knapp 2,4 Prozent pro Jahr an und erklärte, keine nachgebesserten Angebote mehr vorlegen zu wollen. „Die Verhandlungsführungen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk planen in diesem Jahr eine Abkoppelung der Rundfunk-Beschäftigten, Angestellte und Freie, von der allgemeinen und der Tarifentwicklung im öffentlichen Dienst“, sagte ver.di Verhandlungsführer Matthias von Fintel. „Gegen Reallohnverlust nach zwei Jahren mit außergewöhnlich gestiegenen Lebenshaltungskosten wehren sich die Beschäftigten der Sender mit Streiks, und ver.di versucht, in Verhandlungen zufriedenstellende Einkommensnachbesserungen auf der Höhe eines Inflationsausgleichs zu erreichen. Doch bei den Sendern ist kein Einigungswille zu erkennen.“

Verantwortung übernehmen

COMMERZBANK – ver.di und Gesamtbetriebsrat warnen vor Übernahme durch UniCredit

(hla) Das italienische Bankhaus UniCredit hat ein Aktienpaket in Höhe von 4,49 Prozent der Anteile an der Commerzbank erworben. Verkauft hat das Paket der Bund, der sich schrittweise von seinen 16,49 Prozent der Anteile an der Bank trennen möchte. Weitere Anteile sollen nach Angabe der Bundesfinanzagentur schrittweise auf den Markt kommen. Der Finanzausschuss des Bundestages berät am 25. September, nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe der ver.di news, über den Verkauf. An sich ist es ein gutes Zeichen, der Verkauf macht deutlich, dass es der Bank wieder besser geht und sie den Bund als Ankeraktionär nicht mehr braucht. Die Commerzbank war 2008 im Zuge der Finanzkrise in eine Schieflage geraten. Der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke forderte Bundesfinanzminister

Christian Lindner, FDP, dennoch auf, den Verkauf weiterer Anteile an der Commerzbank AG im Paket sofort zu unterbinden. Die UniCredit hatte als Meistbietender den Zuschlag für den Kauf erhalten. Zudem kam heraus, dass die Bank bereits heimlich weitere 2,99 Prozent der Aktien auf dem Markt aufgekauft und eine Option auf zusätzliche 2,0 Prozent der Anteile hat. Damit wäre sie zweitgrößte Anteilseignerin an der deutschen Privatbank. Verschiedene Medien hatten berichtet, UniCredit habe Interesse an der Übernahme der Commerzbank geäußert. Bereits in der Vergangenheit hatte UniCredit Banken, die sie übernommen hat, regelmäßig in ihrer Eigenständigkeit beschnitten. ver.di und der Gesamtbetriebsrat stellen sich daher geschlossen gegen die Übernahme durch UniCre-

dit. Sie warnen vor Arbeitsplatzabbau. Sie rufen die Bundesregierung auf, sich gegen eine Übernahme durch UniCredit auszusprechen und sich gemeinsam mit den Beschäftigten für eine starke, eigenständige Commerzbank einzusetzen. Frank Werneke forderte, die Bundesregierung müsse endlich in die Verantwortung für den Wirtschaftsstandort Deutschland gehen. Der Erhalt der Commerzbank als eine der großen privaten Geschäftsbanken in Deutschland sei dafür wesentlich. „Insbesondere finanzielle Entscheidungen spielen eine entscheidende Rolle zur Förderung der Wirtschaftsstruktur und zum Erhalt der Arbeitsplätze im Inland. Dies geht nur mit starken Banken im eigenen Land“, sagte Werneke. Die Erklärung des Gesamtbetriebsrats: kurzlinks.de/4lru

Im Sinne der Beschäftigten

SCHÖNEBERGER FORUM – Zwei Tage Diskussionen in Berlin

(red.) Wie Herausforderungen zu Chancen werden, ist das Schwerpunktthema des diesjährigen Schöneberger Forums des DGB und seines Bildungswerks am 6. und 7. November in Berlin. Es richtet sich an Personal- und Betriebsräte im Öffentlichen Sektor, die gemeinsam

diskutieren, wie sie die Arbeitswelt im Sinne der Beschäftigten gestalten können. Beim diesjährigen Schöneberger Forum geht es darum, welche Folgewirkungen Megatrends wie Digitalisierung, Klimawandel, Individualisierung, Demografischer Wandel und Co. auf den öffentli-

chen Sektor und die Arbeitsbedingungen derer haben, die für diesen tätig sind. Am späten Nachmittag der Veranstaltung wird zudem der Personalrätepreis 2024 verliehen. Anmeldeschluss ist am 21. Oktober. Mehr Infos: schoenebergerforum.de

Personalmangel führt zu hohem Krankenstand

KINDERTAGESSTÄTTEN – In Berlin droht ein unbefristeter Streik

(red.) In den städtischen Kitas Berlins droht ab dem 30. September ein unbefristeter Streik. Die Mehrheit der gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten hat sich in einer Urabstimmung für den Arbeitskampf ausgesprochen. Das Urabstimmungsergebnis hat bereits Bewegung in die seit Monaten andauernde Auseinandersetzung in der Hauptstadt gebracht. Finanzsenator Stefan Evers und Familiensenatorin Katharina Günther-Wünsch, beide CDU, haben bei einem Gespräch mit Gewerkschaftsvertreter*innen Verhandlungsbereitschaft signalisiert. Der Streik könnte noch abgewendet werden,

wenn „wir in Verhandlungen kommen und das mit fixen Terminen hinterlegen“, sagte Benjamin Roscher, stellvertretender Leiter des ver.di-Landesbezirks Berlin-Brandenburg, nach der ersten Gesprächsrunde. Die Situation in den Hauptstadt-kitas ist symptomatisch für das ganze Land. Knapp 97 000 vollzeitbeschäftigte Fachkräfte müssten aktuell in Deutschlands Kitas eingestellt werden, 25 000 in Ost- und 72 000 in Westdeutschland. Und dies nicht, um die ohnehin bestehende Fachkräftelücke zu schließen, sondern allein dafür, um den überdurchschnittlich dramatisch hohen Kran-

kenstand in den Kindertagesstätten durch Vertretungskräfte aufzufangen. Das ist nur ein Ergebnis einer Auswertung von Daten der Krankenkassen in Deutschland durch die Bertelsmann Stiftung. „Der Personalmangel führt zu hohen Krankenständen. Wenn Leute nach der Krankheit wiederkommen, sind die anderen ausgebrannt. Mehrere Mitarbeiter haben gekündigt, weil sie es nicht mehr ausgehalten haben“, sagt Sylvia, Erzieherin aus Brandenburg. Anlässlich des Weltkindertages am 20. September unterstützte ver.di unter anderem in Magdeburg den Aktionstag „Das Personal ist der Schlüssel“.

Wo ein Wille, da ein Weg

MEDIZINISCHE HOCHSCHULE HANNOVER – Verhandlungen haben begonnen

(red.) Am 23. September haben die Verhandlungen für einen Entlastungstarifvertrag an der Medizinischen Hochschule Hannover (MHH) begonnen. Die Forderungen hatten ihre Beschäftigten bereits im Mai gestellt. Die Frist von 100 Tagen hatten das Präsidium der MHH und die Landesregierung jedoch verstreichen lassen. Auch erste Warnstreiks nach Ablauf des Ultimatums hatten sie noch juristisch zu verhindern versucht. Erst als die Beschäftigten vom 16. bis 18. September wieder streikten, kam endlich die Zusage zu Verhandlungen.

Wirksam und verlässlich

Niedersachsens Wissenschaftsminister Falko Mohrs, SPD, hatte vor mehr als 700 Streikenden Verständnis für die Forderung nach Entlastung gezeigt und konstruktive Verhandlungen zugesagt. Die ver.di-Tarifkommission an der MHH fordert personelle Mindestbesetzungen für viele Bereiche. Die Klinikleitung und die Landesregierung haben zugestimmt, über wirksame, verlässliche, rechtssichere und individuell

einklagbare Entlastungsregelungen zu verhandeln.

Eine einfache Dienstvereinbarung hatten die Beschäftigten im Vorfeld abgelehnt. „Für eine Dienstvereinbarung stehen wir als Personalrat nicht zur Verfügung – schon deshalb nicht, weil hier aus rechtlichen Gründen weniger geregelt werden könnte als in einem Tarifvertrag, wie mittlerweile selbst die Landesregierung zugibt“, sagt der Personalratsvorsitzende Nils Hoffmann. Und deshalb wurde auch gestreikt. Die Versorgung von Notfällen war selbstredend durch eine Notdienstvereinbarung zwischen ver.di und MHH sichergestellt.

Stattliche Delegation

Zuletzt hatte sich am 28. August eine stattliche Delegation von Beschäftigten der MHH vor dem niedersächsischen Landtag eingefunden, um den Vertretern der Landespolitik die Dringlichkeit eines Tarifvertrags Entlastung im direkten Gespräch näherzubringen. Wie versprochen, hatten sich Ministerpräsident Stephan Weil, SPD, der für die medizinische Hochschule zuständi-

ge Wissenschaftsminister Falko Mohrs (SPD), der niedersächsische Finanzminister Gerald Heere vom Bündnis 90/Die Grünen, der niedersächsische CDU-Vorsitzende Sebastian Lechner und weitere Landespolitiker*innen den Beschäftigten der MHH gestellt. Die Delegation der Beschäftigten machte deutlich, dass die Beschäftigten nicht von ihrer Forderung nach einem Tarifvertrag Entlastung abweichen würden.

Papperlapapp

Die Politiker signalisierten zwar Verständnis für die Forderungen nach einen Entlastungstarifvertrag, lehnten entsprechende Verhandlungen aber ab. Der Grund: Das Land Niedersachsen könne Tarifverhandlungen in einem landeseigenen Betrieb nicht freigeben, weil die Tarifgemeinschaft der Länder, in der Niedersachsen Mitglied ist, dies nicht dulde. Papperlapapp, erwiderten die Beschäftigten, wo ein politischer Wille sei, sei auch ein Weg. Das zeigten die Tarifverträge Entlastung, die in anderen Bundesländern abgeschlossen werden konnten.

Zukunftstarifvertrag weiterentwickelt

ING-BANK – Geld für Gesundheit und Weiterbildung

(pm) Vier Wochen Familienzeit für junge Eltern, zehn Tage Sonderurlaub bei Tod des Ehepartners oder des Kindes, mehr Geld für die Gesundheit und mehr – Karina Kienert, Betriebsrätin bei der ING-Direktbank, ist begeistert von der Weiterentwicklung des Zukunftstarifvertrags, auf den sich ver.di und die ING-DiBa mit ihren 5000 Beschäftigten in Deutschland Mitte September geeinigt haben. Im Vorfeld der Verhandlungen hatten sich die Beschäftigten vor allem eine Erhöhung des Gesundheitsbudgets gewünscht. Das steigt ab 2025 nun um 200 Euro auf 500 Euro im Jahr.

Vier Wochen Familienzeit

„Ich persönlich freue mich sehr, dass ich im nächsten Jahr zu meinem Fitnessstudiobeitrag und mei-

ner Zahnreinigung auch noch einen Tanzkurs einreichen könnte oder vielleicht auch eine Krebsvorsorge oder ähnliches“, sagt sie in einem Video, das sie nach der Einigung für die Beschäftigten der Bank aufgenommen hat. „Mega“ findet sie die vierwöchige Familienzeit für den zweiten Elternteil bei Geburt, Adoption oder Übernahme der Pflegschaft eines Kindes.

„Möglichst lange gemeinsame Zeit bei Familienzuwachs ist jungen Familien sehr wichtig. Die tarifvertragliche Vereinbarung einer vierwöchigen Familien-Startzeit zwischen ver.di und der ING Deutschland ist daher eine großartige Nachricht für werdende Eltern im Unternehmen und ein Ausdruck gesellschaftlicher Verantwortung“, sagte ver.di-Verhandlungsführer Kevin Voß.

Sabbatical und weitere Extra-Budgets

ver.di hat für die 5000 Beschäftigten mit der ING-DiBa ein umfassendes Tarifwerk vereinbart, das die Arbeitsbedingungen im Unternehmen regelt, unter anderem durch den Zukunftstarifvertrag, der weitere innovative Ansätze im Unternehmen vorsieht, wie etwa einem Sabbatical oder Extra-Budgets fürs Lernen (LearnING) und der nun hinzugekommenen Familien-Startzeit. Das Lernbudget von ebenfalls 500 Euro kann in Kombination mit Bildungsurlaub oder dem ING-Stipendium genutzt werden. Und auch das: Ab dem 1. Januar 2025 profitieren mehr Beschäftigte auch von der Altersteilzeitregelung.

So geht es nicht weiter

„Endlich finden wir Gehör. Wenn wir mehr Zeit für eine gute Patientenversorgung haben, hilft das allen. Zudem hat nun die MHH die Chance, sich als attraktive Arbeitgeberin mit guten Arbeitsbedingungen zu profilieren.“
Corinna Plumeyer, Gesundheits- und Krankenpflegerin in der Zentralen Notaufnahme

„Wir zeigen uns und bringen die politische Verantwortlichen zum Handeln. Das ist ein tolles Gefühl. Schon seit Jahren weisen wir auf die unhaltbaren Zustände hin. Wir können unsere Patient*innen nicht so versorgen, wie es richtig wäre. Immer mehr Beschäftigte steigen aus dem Beruf aus, weil sie nicht mehr können. So geht es nicht weiter. Unsere Patientinnen und Patienten liegen uns am Herzen. Wir wollen nicht streiken. Aber wenn es nötig ist, werden wir den Druck noch deutlich erhöhen.“

Thorsten Wurlitz, Pflegepädagoge an der Pflegeschule der MHH

„Jeden Tag arbeiten wir unter Bedingungen, die sowohl für uns als auch für die Patient*innen unerträglich sind. Wir haben keine Zeit mehr zu verlieren.“

Lars Loepert, Medizintechnologe für Radiologie an der MHH

„Die MHH-Beschäftigten fordern lediglich ein, was in der Mehrzahl der Universitätskliniken bereits gelebt wird.“

Andrea Wemheuer, Leiterin des ver.di-Landesbezirks Niedersachsen-Bremen

Ins eigene Fleisch schneiden

UNION BUSTING – Immer noch werden in Betrieben Betriebsratswahlen behindert

Kein Ausschluss aus dem Betriebsrat

(dgb-rs) Gegen mehrere Abmahnungen klagte ein Betriebsratsvorsitzender schon vor dem Arbeitsgericht. Für einen Kammertermin in einer dieser Angelegenheiten meldete sich der Mann per E-Mail bei seinem Vorgesetzten und der Personalabteilung ab. Er unterbrach seine Arbeit für den Termin, stempelte sich aber nicht aus dem Zeiterfassungssystem des Betriebs aus. Nach dem Termin meldete er sich per E-Mail zurück und nahm seine Betriebsratsarbeit wieder auf. Der Arbeitgeber vertrat daraufhin die Auffassung, der Mann habe seine Pflichten als Betriebsrat grob verletzt und sei aus dem Betriebsrat auszuschließen. Er habe unter dem Vorwand der Betriebsratsstätigkeit zwei private Termine in einem arbeitsgerichtlichen Verfahren wahrgenommen, so der Vorwurf. Schließlich führe er die Verfahren als Kläger gegen seinen Arbeitgeber. Dieser beantragte den Ausschluss aus dem Betriebsrat dann auch beim Arbeitsgericht wegen Täuschung. Das Arbeitsgericht Oldenburg mochte aus dem vorgelegten E-Mail-Verkehr eine Täuschung nicht eindeutig feststellen. Selbst wenn der Fall so gewesen wäre, wie vom Arbeitgeber geschildert, könne dem Mann allenfalls Fahrlässigkeit vorgeworfen werden. Dieser Pflichtverstoß reiche nicht aus, um den Mann aus dem Betriebsrat zu entfernen.

Aktenzeichen
2 BV 2/22

(pm) Mitbestimmte Betriebe bieten bessere Arbeitsbedingungen, sind im Mittel produktiver und oft innovativer als Firmen ohne betriebliche Mitbestimmung. Das ergibt sich aus zahlreichen Studien zu diesem Thema. Trotzdem sind Behinderungen von Betriebsratswahlen keine Einzelfälle, insbesondere, wenn Beschäftigte erstmals eine Vertretung wählen wollen.

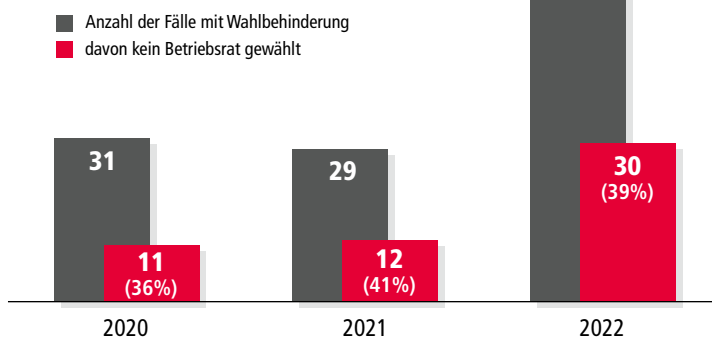
Mit Kündigung drohen

Eine neue Befragung des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung liefert Hinweise darauf, dass Arbeitgeber mehr als jede fünfte Neugründung von Betriebsräten behindern – und dass, obwohl das ein Straftatbestand ist. Die Arbeitgeber*innen schüchtern Kandidat*innen ein, drohen mit Kündigung oder verhindern die Bestellung eines Wahlvorstands. Besonders verbreitet ist Druck gegen Beschäftigte, die einen Betriebsrat gründen wollen, in mittelgroßen eigentümergeführten Unternehmen.

In beinahe der Hälfte aller Fälle, in denen sich der Arbeitgeber der erstmaligen Wahl eines Betriebsrats entgegenstellt, findet diese am Ende nicht statt. Trotz einzelner Verbesserungen ist der gesetzliche Schutz von betrieblicher Mitbestimmung der Beschäftigten immer noch viel zu schwach, zudem fehlen wirksame Sanktionen, zeigt die Studie von Martin Behrens und Heiner Dribbusch.

Die Forscher haben im vergangenen Jahr Gewerkschafter*innen aus 131 regionalen Organisationen der IG BCE, der IG Metall und der NGG zu ihren Erfahrungen mit der Durchführung von Betriebsratswahlen befragt. 47 Prozent der Befragten kannten Fälle, in denen Arbeitgeber zwischen 2020 und 2022 versucht hatten, Betriebsratswahlen zu behindern. Dabei ist zu beachten, dass die Zahlen nicht repräsentativ für bundesweite Betriebsratswahlen sind. Nach Ansicht von Behrens und Dribbusch liefern sie aber die derzeit beste Annäherung an das Problem, die es in Deutschland gibt.

Behinderung von Betriebsratswahlen im Erhebungszeitraum 2020 bis 2022



QUELLE: VIERTE WSI-BEFragung HAUPTAMTLICHER GEWERKSCHAFTER*INNEN

Überproportional häufig kamen Aktivitäten gegen Betriebsratswahlen in inhabergeführten Unternehmen vor. „Offenkundig trifft die betriebliche Mitbestimmung gerade in jenen Bereichen auf verminderte Akzeptanz, wo Eigentümer*innen ihr Geschäft persönlich führen und nur eine geringe Bereitschaft zeigen, die Macht im Betrieb mit einer weiteren Instanz zu teilen“, schreiben die beiden Autoren. Häufig kommt es in diesen Betrieben in der Folge nicht zur Gründung eines Betriebsrats.

Rücksicht auf Interessen der Beschäftigten

Die wissenschaftliche Direktorin des WSI, Bettina Kohlrausch sieht darin eine gesellschaftlich und auch gesamtwirtschaftlich hoch riskante Entwicklung. Gerade in Zeiten des Wandels seien Betriebsräte wichtig, damit die Arbeit der Zukunft gemeinsam mit den Beschäftigten gestaltet werden könne. „Nur so können große gesellschaftliche Projekte wie zum Beispiel die sozial-ökologische Transformation gelingen. Zum einen, weil die Perspektiven und Interessen der Beschäftigten berücksichtigt werden und sie so den Weg

des Wandels mitgehen und zum anderen, weil wir aus der Forschung wissen, dass die Einbindung der Expertise der Beschäftigten über den Betriebsrat in der Regel zu besseren Ergebnissen führt“, so Kohlrausch. Arbeitgeber*innen, die Betriebsräte verhindern, schnitten sich ins eigene Fleisch.

Besserer Schutz ist nötig

Die Untersuchung unterstreicht nach Analyse der Forscher, wie notwendig ein erweiterter gesetzlicher Schutz vor Eingriffen des Managements ist. Wichtig seien einerseits gesetzliche Reformen, die auch Kandidat*innen bei Betriebsratswahlen noch besser gegen Repressionen des Arbeitgebers absichern. Andererseits müssten Verstöße wirksamer als bisher sanktioniert werden. Expert*innen raten daher etwa zur Bildung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften, die auf gesetzwidrige Eingriffe von Unternehmen in Betriebsratswahlen spezialisiert sind und diese verfolgen. Die im Koalitionsvertrag der amtierenden Bundesregierung vorgesehene Hochstufung der Behinderung von Betriebsratswahlen vom Antragsdelikt zum Officialdelikt stehe zudem noch aus.

Der Preprint des Beitrags Mitbestimmung bleibt umkämpft. Ergebnisse der vierten Befragung zur Be- und Verhinderung von Betriebsratswahlen von Martin Behrens, Heiner Dribbusch können unter kurzlinks.de/tbif heruntergeladen werden. Der Beitrag erscheint am 1. Dezember im Heft 6 der WSI-Mitteilungen

„Gelingt nicht nebenbei“

AUSSTELLUNG – Was die Beschäftigten in Dienstleistungsberufen tagtäglich leisten

(kh) Ob im Supermarkt, im Café, in der Kita, im Krankenhaus, im Pflegeheim, im Callcenter, beim Paketdienst oder, oder, oder: Die Menschen in Dienstleistungsberufen leisten täglich harte Arbeit, doch viele Anforderungen und Belastungen werden überhaupt nicht wahrgenommen. Die neue Ausstellung „Dienstleistung“ im DASA-Arbeitsschutz-Museum in Dortmund lenkt den Blick darauf, welche enormen Sozialkompetenzen die Arbeit erfordert – und wirbt für mehr Wertschätzung.

„Oft werden sie nur als ‚soft skills‘ benannt, dabei handelt es sich um grundlegende Fähigkeiten“, sagt Sarah-Louise Rehahn aus dem Kuratorenteam. Erst durch Interaktion sei die Arbeit mit Menschen überhaupt möglich. Dabei spielten Sprache, Emotionen und Respekt eine zentrale Rolle.

Drei von vier Beschäftigte arbeiten in Dienstleistungsberufen, oder in Zahlen: über 34,5 Millionen Menschen. Tagtäglich müssen sie auf die Bedürfnisse von Menschen eingehen, mit ihren Wünschen und Launen umgehen, sich blitzschnell auf

neue Situationen einstellen, Konflikte entschärfen, Missverständnisse vermeiden, mit den eigenen Gefühlen umgehen – und dabei stets freundlich bleiben. Egal, ob sie blöd angeblafft werden oder selbst mal einen schlechten Tag haben. „Das gelingt nicht einfach nebenbei“, sagt Jonas Wehrmann, wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA). Wichtig sei, überhaupt erst einmal bewusst zu machen, dass Interaktionsarbeit harte Arbeit sei. Und dass damit besondere Anforderungen und Belastungen einhergehen.

Die neue Dauerausstellung der Bundesanstalt für Arbeitsschutz lädt zum Mitmachen ein. An einer Kasse können die Besucher einen Scanner in die Hand nehmen und testen, wie gut sie selbst Mimik und Gestik verstehen. Sie können sich in einen Fotoautomaten hocken und erfahren, wie leicht Missverständnisse entstehen. Und sie können in einer Telefonzelle zuhören, was Beschäftigte über die „Macht der Sprache“ zu sagen haben.

Die Ausstellung basiert auf wissenschaftlichen Erkenntnissen.

Jonas Wehrmann von der Bundesanstalt für Arbeitsschutz hebt hervor, wie sehr die Beschäftigten tagtäglich von Respektlosigkeit betroffen seien. Zugleich müssten sie stets freundlich bleiben. „Das macht etwas mit einem.“ Die Forschungsergebnisse zeigten, dass Erschöpfung und Müdigkeit die Folgen sein können. Ob die Belastungen auf Dauer krank machen, hängt seinen Angaben zufolge vor allem von den Rahmenbedingungen ab. „Wichtig ist, die Tätigkeiten auch tarifpolitisch aufzuwerten“, betont der Forscher.

DASA Arbeitsschutz-Ausstellung

Die DASA Arbeitsschutz-Ausstellung ist zu finden am Friedrich-Henkel-Weg 1 bis 25 in 44149 Dortmund. Sie ist montags bis freitags von 9 bis 17 Uhr, samstags und sonntags von 10 bis 18 Uhr geöffnet. An einigen Feiertagen ist sie geschlossen, Näheres dazu steht auf der Website. Der Eintritt kostet sechs Euro, ermäßigt drei Euro, Kinder bis 18 Jahre zahlen keinen Eintritt. Für Familien und Gruppen gibt es Ermäßigungen. Gruppen können zusätzlich Führungen buchen.

dasa-dortmund.de



Foto: Andreas Wahlbrink

GREGOR ISENBORT LEITET DIE DASA ARBEITSWELT-AUSSTELLUNG

ST A T E M E N T

Wandel der Arbeitswelt

Mit der neuen Ausstellung schließen wir eine Lücke. Bisher kamen Dienstleistungen bei uns im Haus nicht vor, auch bei der Forschung blieb die Branche lange außen vor. Höchste Zeit, dass sich daran etwas ändert. Vor allem, wenn man bedenkt, dass drei von vier Beschäftigten in Dienstleistungsberufen arbeiten. Unser Fokus liegt auf dem Arbeitsschutz. In erster Linie spielte in unserer Arbeitsweltausstellung die klassische Produktionsarbeit eine große Rolle, die Interaktion von Mensch und Maschine. Doch die Arbeitswelt hat sich gewandelt. Mit der neuen Ausstellung richten wir den Blick auf die Mensch-Mensch-Schnittstelle – und zeigen, welche sozialen und psychischen Anforderungen und Belastungen damit verbunden sind. Unser Ziel ist, dass es mehr Wertschätzung für die Menschen in diesen Berufen gibt. Viel von ihrer Arbeit ist gar nicht sichtbar. Wir lassen uns im Café bedienen, nehmen Pakete entgegen und kaufen im Supermarkt – ohne uns bewusst zu machen, wie sehr sie tagtäglich unter Respektlosigkeit leiden. Das muss sich ändern, sonst werden diese Menschen krank.

Mitglied werden

EINTRETEN – Informationen über ver.di in 19 verschiedenen Sprachen

Gute Gründe, ver.di-Mitglied zu werden gibt es genug. Zehn von ihnen sind auf der ver.di-Website aufgeführt. Dazu zählen

- Gute Tarife – für ver.di-Mitglieder garantiert
- Kompetente Rechtsberatung
- Streikgeld bei Arbeitskämpfen
- Wahrung der Rechte am Arbeitsplatz
- Wirksame Interessenvertretung
- Einfluss nehmen, auf Arbeits- und Ausbildungsbedingungen, aber auch bei politischen Themen

wie Rentengerechtigkeit, eine solidarische Gesundheitspolitik oder für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie

- Eine Gewerkschaft für alle
 - Bildung und Durchblick
 - Vorteile und Vergünstigungen verschiedener Kooperationspartner*innen über den ver.di-Mitgliederservice
 - Ein gerechter Mitgliedsbeitrag
- Beratung und Unterstützung bietet ver.di ihren Mitglieder bei vielen Belangen, etwa bei der Lohnsteuerer-

klärung, Rechtsschutz in Sachen Arbeits- und Sozialrecht. Beratung für Erwerbslose oder Soloselbstständige und und und.

Diese Informationen gibt es im Internet in 19 verschiedenen Sprachen. Neben deutsch zählen englisch, türkisch, russisch, spanisch, französisch, ukrainisch, italienisch, polnisch, griechisch, arabisch, ungarisch, rumänisch, tschechisch, kroatisch, bulgarisch, serbisch, persisch und portugiesisch.

kurzlinks.de/rtkh

IMPRESSUM

ver.di news

ERSCHEINT 18 MAL PRO JAHR

HERAUSGEBER:

VEREINTE DIENSTLEISTUNGSGEWERKSCHAFT VER.DI, FRANK WERNEKE, VORSITZENDER

CHEFREDAKTION:

PETRA WELZEL

REDAKTION: HEIKE LANGENBERG

(VERANTWORTLICH), FANNY SCHMOLKE,

RITA SCHUHMACHER

REDAKTIONSASSISTENZ: KATRIN SCHMIEDEL

VERLAG, LAYOUT UND DRUCK:

DATAGRAPHIS, WIESBADEN

INFOGRAFIK: KLAUS NIESEN

CARTOON: NELCARTOONS.DE

ADRESSE: REDAKTION VER.DI NEWS,

PAULA-THIEDE-UFER 10, 10179 BERLIN,

TEL.: 030 / 69 56 1069

VERDI-NEWS@VERDI.DE, NEWS.VERDI.DE

HINWEIS: DIE AUSGABE 14 ERSCHEINT

AM 19. OKTOBER 2024

verdi.de



MARGARETA STEINRÜCKE/
BEATE ZIMPELMANN (HRSG.):
**WENIGER ARBEITEN,
MEHR LEBEN! DIE NEUE
AKTUALITÄT VON ARBEITS-
ZEITVERKÜRZUNG,160 SEITEN, VSA:VERLAG,
HAMBURG, 16,80 EURO,
ISBN 978-3964881960**

Der Kampf um die Arbeitszeit

BUCHTIPP – Warum die Verkürzung ein Mittel gegen Fachkräftemangel ist

Die Debatte um die Arbeitszeit ist in vollem Gange, wobei die Spannweite der Meinungen groß ist. Meldungen über positive Erfahrungen mit der Vier-Tage-Woche in England werden von den Befürworter*innen einer weitergehenden Arbeitszeitverkürzung als Beleg für deren problemlose Umsetzbarkeit angeführt. Dagegen pocht vor allem die Arbeitgeberseite immer stärker auf die Notwendigkeit einer Arbeitszeitverlängerung und verweist dabei auf die Einführung der Sechstage-Woche in Griechenland.

Da kommt das Buch von Margareta Steinrücke und Beate Zimpelmann gerade recht. Ihre Botschaft: „Arbeitszeitverkürzung ist die Lösung für viele Probleme wie Fachkräftemangel, Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben und eine Klimawende ohne Angst vor Arbeitsplatzverlust.“ Um dies zu belegen haben sie neun Autor*innen versammelt, die für die Notwendigkeit von Arbeitszeitverkürzung aus ganz unterschiedlichen Perspektiven werben.

Als Leitgedanke zieht sich durch alle Beiträge die Überzeugung, die der renommierte Soziologe Fritz Reheis so formuliert, dass „das Leitbild des in Geld gemessenen materiellen Wohlstands durch das Leitbild eines in Zeit gemessenen immateriellen Wohlstands ersetzt werden sollte“. Hier wird deutlich, dass es nicht einfach um eine durch die Politik verordnete oder von den Gewerkschaften durchgesetzte Arbeitszeitverkürzung gehen kann, sondern parallel mit einem Wertewandel in der Gesellschaft einhergehen muss. Dies wird v.a. in dem Beitrag von Niko Paech deutlich, der kürzere Arbeitszeiten mit neuen „autonomen Versorgungspraktiken“ verbindet, „die Industrieproduktion substituieren“ – wer weniger braucht, muss halt auch weniger arbeiten. So gut das auch für die

Umwelt wäre: hier wird deutlich, dass es da wohl noch einiger Überzeugungsarbeit bedarf.

In der Vergangenheit, in Zeiten hoher Massenarbeitslosigkeit, waren Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung einfacher zu begründen. Heute rücken andere Begründungen in den Vordergrund, vor allem die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben und die Work-Life-Balance. Gleichzeitig gibt es in vielen Branchen aber einen massiven Arbeitskräftemangel. Es geht in Zukunft also darum, einerseits genügend Beschäftigte zu sichern, um gesellschaftlich notwendige Arbeit zu erledigen, andererseits um den wachsen-

den Anspruch der Menschen nach einem „guten Leben“. Das Buch zeigt, dass Arbeitszeitverkürzung ein Mittel sein kann, diesen Herausforderungen zu begegnen. Wer hier mitreden will, sollte die Beiträge in dem vorliegenden Buch kennen.

Norbert Reuter

Bücher bestellen

Das Buch ist wie andere Bücher auch im Buchladen in der ver.di-Bundesverwaltung erhältlich. Doch können Bücher auch per Mail unter buchladen@verdi-bub.de bestellt werden. Sie werden dann ohne Versandkosten per Post nach Hause geliefert.

Hausrecht

„Für antisemitische Parolen gilt bei uns die Null-Toleranz-Linie.“

Andrea Wemheuer, Leiterin des ver.di-Landesbezirks Niedersachsen-Bremen, nachdem bei einer gemeinsamen Veranstaltung mit der Deutsch-Israelischen Gesellschaft propalästinensische Aktivisten von der Polizei aus dem Saal begleitet wurden. Sie hatten den Vortrag einer 79jährigen aus der Kibbuz-Bewegung massiv gestört.

TERMINE

ver.di und der DGB laden alle Interessierten zur Medienpolitischen Tagung am 16. Oktober in die ver.di-Bundesverwaltung in Berlin ein. Schwerpunktthema ist die Frage Künstliche Intelligenz, Big Tech & Co – Was wird aus dem Journalismus? Von 14 bis 19 Uhr geht es zudem auch um den Reform-Staatsvertrag. Mehr Infos: medien.verdi.de/themen/medienpolitische-tagung

Der Deutsche Betriebsräte-Tag findet vom 5. bis 7. November in Bonn bzw. online statt. Drei Tage lang geht es um Praxisbeispiele für gute Betriebsratsarbeiten, den Austausch darüber und die Vernetzung miteinander. Im Rahmen der Veranstaltung wird zudem der Deutsche Betriebsrätepreis 2024 verliehen. Als Gäste werden unter anderem Bundesarbeitsminister Hubertus Heil, SPD, und der ehemalige Bundespräsident Joachim Gauck erwartet. Mehr Infos: betriebsraetetag.de